

# „Einen Königsweg gibt es nicht“

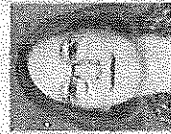
## Hessen wählt: Abgeordnete diskutieren in Schwarzenborn über Ärztemangel auf dem Land

Von Daniel Göbel

**SCHWARZENBORN.** Wie sieht die ärztliche Versorgung in Hessen künftig aus? Wie kommen Ärzte aufs Land? Fragen wie diese diskutierten Vertreter aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik am Montagabend in der Kulturhalle Schwarzenborn. Eingeladen hatte die Kassenärztliche Vereinigung. Den Ort hatte man nicht ohne Grund ausgewählt: kürzlich ging dort das erste kommunale Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) in Hessen in Betrieb.

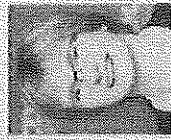
### STUDIENPLÄTZE

Die Studienplätze für Medizin müssten deutlich erhöht



**Marjana Schott,** Landtagsabgeordnete Die Linke

werden, forderte die Linke-Landtagsabgeordnete Marjana Schott. Ein Abbau während der vergangenen Jahre erweise sich jetzt als Nachteil. Ihr hielt die CDU-Landtagsabge-



**Claudia Ravensburg,** CDU-Landtagsabgeordnete

ordnete Claudia Ravensburg entgegen, dass die Landesregierung das Problem im Blick habe und sich verstärkt darum kümmern. Die Studienplätze sollen ausgeweitet werden. Ein erster Schritt sei die Möglichkeit, dass man seit Kurzem in Marburg Medizin komplett studieren könne. Zuvor konnte man dort nur ein Teil des Studiums absolvieren. Zudem arbeite die Landesregierung an der Möglichkeit, dass angehende Ärzte künftig

ohne NC studieren können, wenn sie sich im Gegenzug dazu verpflichten, sich im ländlichen Raum niederzulassen.

### EINZELPRAXEN

Unternehmer Ludwig Georg Braun verdeutlichte, dass viele angehende Mediziner keine Praxis mehr betreiben wollen. Einzelpraxen seien nicht mehr attraktiv, deshalb würden neue Modelle gebraucht. Zudem müsse man an den Universitäten Absolventen



**Ludwig Georg Braun,** FDP-Unternehmer

umwerben, in ländliche Regionen zu kommen.

### MODELL KLEINUNTERNEHMER

In einem waren sich alle einig: Das Modell Allgemeinme-

diziner als Kleinunternehmer funktioniere nicht mehr. Viele Absolventen scheuten den Schritt in die Selbstständigkeit und wollten lieber im Angestelltenverhältnis arbeiten. „Dieses Rollenmodell hat aus-



**Edgar Franke,** SPD-Bundestagsabgeordneter

gedient. Deshalb müssen auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst werden“, sagte SPD-Bundestagsabgeordneter Dr. Edgar Franke.

### GEMEINDESCHWESTER

Die medizinische Versorgung muss gewährleistet sein. Man könne nicht warten, bis sich ein Arzt auf dem Land ansiedelt, warf die Grünen-Landtagsabgeordnete Kaya Kinkel ein. Eine Gemeindegewester könnte Abhilfe schaffen.



**Kaya Kinkel,** Landtagsabgeordnete B90/Grüne

### MODELL DER ZUKUNFT

Einen Königsweg für die Praxen der Zukunft könne es nicht geben, waren sich die Diskussteilnehmer einig. Die Voraussetzungen für ein Medizinisches Versorgungszentrum, unter dessen Dach mehrere Mediziner arbeiten, sei eine Lösung in Regionen mit bereits niedergelassenen Ärzten könnte es ein Wettbewerbsnachteil sein, wenn mit Steuergeld ein kommunales MVZ betrieben werde, warnte Frank Dastych, Vorsitzender der KV Hessen. Eine weitere Möglichkeit sei die Anmietung von Praxen, wo Ärzte als Angestellte arbeiten.

Joana Linke-Hessen, Alexander Kurz, Uwe Zuchowitsch, SPD-Schwalm-Eder, Coine Hessen

# Man muss mit allen reden

## Mehr zum Thema: Ärzteversorgung im Kreisteil Hofgeismar muss moderner werden

Von Thomas Thiele

**HOFGEISMAR.** Ein Drittel der Hausärzte in Deutschland ist 60 Jahre oder älter und geht bald in Rente. Weil sie für Arztpraxen auf dem Land selten Nachfolger finden, droht eine Unterversorgung des ländlichen Raumes, wie sie im vergangenen Jahr auch im Kreisteil Hofgeismar spürbar wurde, wo sich mehrere Tausend Patienten einen neuen Hausarzt suchen mussten – oft weit weg vom Wohnort.

Junge Ärzte dagegen bevorzugen die Großstädte, wegen besserer Arbeitsbedingungen und Perspektiven. Dass auch der ländliche Raum attraktiv sein kann, hat Harald Stender vor allem in Norddeutschland mit Erfolg vermittelt und an der Einrichtung von 27 kommunalen medizinischen Versorgungsprojekten mitgewirkt. Wie das geht, schilderte er jetzt den Hofgeismarer Stadtverordneten.

Die Kassenzahnärztlichen Vereinigungen (KV) sind laut Gesetz verpflichtet, die ärztliche Versorgung der Versicherten angemessen sicherzustellen. Sie legen die Anzahl der Ärzte in den Regionen fest. Leider sei

Hessen im Wettbewerb ohnehin schon belastet, weil die Honorare hier niedriger seien und allen hessischen Ärzten Honorarrückforderungen durch die KV Hessen drohen. Der künftige Arbeitsmarkt für Ärzte sei geprägt von heimatnaher Orientierung, Vereinbarkeit mit Familie und Freizeit, geregelter Arbeitszeiten, angemessener Bezahlung und Arbeiten in Teams mit Anstellung statt Selbstständigkeit, schilderte Harald Stender.

Um auch im ländlichen Raum wie in und um Hofgeismar Ärzte zu halten, müsse eine neue Praxisstruktur hermit möglichst großen Einheiten (drei und mehr Ärzte), die die Belastung des Einzelnen verringern und auch Teilzeitarbeit ermöglichen. Weil die ambulante Versorgung von der Selbstständigkeit getragen sei, sollten aber möglichst viele Ärzte selbstständig sein.

Hier gelte es mit allen Ärzten, Kliniken und sonstigen

Betroffenen zu sprechen, um keine Gräben aufzuwerfen, sondern erfolgreiches Arbeiten zu garantieren. Stender: „Man darf kein Arzteezentrum neben eine schon bestehende Gemeinschaftspraxis bauen“. Es habe sich aber gezeigt, dass oft andere Betriebe (etwa Theatern, Sanitärhäuser) später dazukommen.

Falls sich keine Ärzte finden, die selbstständig arbeiten wollen, kommen auch andere Träger in Betracht wie etwa ein Eigenbetrieb oder eine kommunale Einrichtung. Dabei mit alle beteiligten Stellen wissen, dass dies im Sozialgesetzbuch (§ 95a und 105) abgedeckt ist, habe man in Schleswig-Holstein gleich mit Innen- und Gesundheitsminister gesprochen und sich den höchsten amtlichen Segen für das Büssumer Modell geholt.

Für die Umsetzung des rechtlich komplexen Vorhabens sei gute Planung und Beratung nötig. In Büssum kaufte die Gemeinde ein Ärztehaus, baute es um und vermietet es an eine GmbH, die ihrerseits die Ärzte einstellt und die gemeinsame Betriebsführung besorgt. Es gebe aber noch viele andere Lösungen. **ZITATE**

## Zitate

**Aus dem Vortrag Harald Stenders**

- „Wir werden uns am Ende um die letzten Hausärzte streiten.“
- „Die Budgets wurden einst von den Ortskrankenkassen ausgehandelt. Heute sitzen die Verantwortlichen in Dortmund, Hamburg oder Berlin, wo sie vom ländlichen Raum gar keine Ahnung haben.“
- „Der Staat muss sich gut überlegen, ob er sich weiter aus den Regionen zurückzieht. In einigen Politikerköpfen spukt das aber noch rum, dass weniger Ärzte für alte Leute ausreichen.“
- „Die KV Hessen kann ja nichts dafür, dass die Ärzteausbildung nicht am Bedarf orientiert ist. Aber zur Gesamtsituation gibt es offenbar bei der KV Hessen keine Selbsterkenntnis. In Schleswig-Holstein gibt man das Problem zu und wird aktiv.“

„Das ist eine irre Diskussion. Den Ärzten in Hessen drohen immer noch Regressforderungen, man wird für Behandlungen bestraft. Der Ärztenachwuchs hat Schiss vor solcher Perspektive. Und dann wundern die sich, dass es keinen Nachwuchs gibt.“

• „Die Ärzteversorgung darf keine parteipolitische Frage sein. Es ist wichtig, eine gemeinsame Lösung zu finden und es nicht politisch auszuschlachten.“ (ty) Harald Stender, Koordinator ambulante Versorgung



Bringt Schwung in die Arztedebatte: Harald Stender, der Erfinder des Büssumer Modells, mit dem erstmals eine Kommune eigene Ärzte einstellte. Er sprach vor den Hofgeismarer Stadtverordneten.

foto: Thiele

# Neue Ideen für mehr Ärzte in Hofgeismar

Experte rät zu mehr Zusammenarbeit – Stadt könnte investieren

Von Thomas Thiele

**HOFGEISMAR.** Die Arztversorgung in Hofgeismar und Umgebung soll bald besser werden. Zum einen wird die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Hessen offenbar eine zusätzliche halbe Arztstelle für Hofgeismar zulassen, zum anderen gibt es neue Vorschläge, um junge Ärzte in den Raum Hofgeismar zu holen, nachdem mehrere Allgemeinmediziner (wie berichtet) ihre Praxen aufgegeben haben.

Als besonders attraktive Lösung gelten Modelle für Gemeinschaftspraxen oder Arzthäuser, die so organisiert sind, dass sie auch jüngere Mediziner aus den Städten anlocken könnten, berichtete am



Harald Stender gibt Tipps, wie man neue Ärzte anlocken kann

Montag der frühere Klinikgeschäftsführer und jetzige Koordinator für die ambulante Versorgung im Kreis Dithmarschen, Harald Stender, in einem Vortrag vor den Hofgeismarer Stadtverordneten.

Am Beispiel des von ihm entwickelten „Büsumer Modells“ zeigte er, wie mit unkonventionellen Lösungen ein Gesundheitszentrum mit verschiedenen Ärzten und Praxen eingerichtet, dabei eine für alle Seiten tragbare finanzielle Lösung gefunden und

die Arbeits- und Bürokratiebelastung für die Ärzte gesenkt würde. Stender schilderte dabei die vorbildliche Kooperation mit der Politik und der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein, die Zahlen offengelegt und Geld bereitgestellt habe. Die KV Hessen sei da zurückhaltender.

Bürgermeister Markus Mannbarth sagte, dass nach mehreren Gesprächen die KV Hessen ihre Statistik korrigiert und Arztbedarf in Hofgeismar eingeräumt habe. Ein Gesundheitszentrum könne nur die letzte von mehreren Lösungen sein, sagte Stender. „Da haben wir noch einiges zu tun“, meinte Stadtverordnetenvorsteherin Monika Grebing. **HINTERGRUND, SEITE 3**

## Gesellschaft für Wohnungsbau braucht Zeit

**KREIS KASSEL.** „Erst eine Wohnungsbaugesellschaft ablehnen und jetzt Schnellschüsse fordern“, kritisiert der SPD-Landtagskandidat Oliver Ulloth den Vorstoß von CDU-Landtagskandidat Alexander Lorch. Er hatte der SPD-geführten Kreistagsspitze Konzeptlosigkeit bei der Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft im Landkreis Kassel vorgeworfen.

„Die CDU hat von Anfang an klar gemacht, dass sie es nicht als Aufgabe des Landkreises sieht, eine Wohnungsbaugesellschaft zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums zu gründen, sagt Ulloth. Wenn die hessische Landesregierung nicht nur ankündigt, sondern auch beim Sozialen Wohnungsbau handeln würde, müsste der Landkreis nicht einspringen, so Ulloth weiter.

Mit Befremden habe auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Dieter Lengemann die Kritik der CDU aufgenommen. Lengemann sagt dazu: „Die Verwaltung geht ihrem Auftrag nach und hat in der letzten Kreistagssitzung über den aktuellen Stand berichtet.“ Dass die Frist von vier Monaten zur Vorlage eines Beschlussvorschlags nicht eingehalten werden konnte, sei nicht überraschend.

Konzept, Bedarfsanalyse auch Fragen der Rechtsform und der Beteiligungs- und Einflussmöglichkeit bräuchten nun mal Zeit. Die Verwaltung gehe Schritt für Schritt vor und binde alle Städte und Gemeinden ein. Das Thema sei zu wichtig, um es übers Knie zu brechen, sagt Lengemann. (alh)

## Hintergrund

### Mit ungewöhnlichen Mitteln zum Erfolg

Der Referent Harald Stender war 22 Jahre lang Geschäftsführer der Westküstenkliniken Brunsbüttel und Heide, doch statt vor vier Jahren in den Ruhestand zu gehen, kümmerte er sich um die Arztversorgung in seiner Region nahe der Elbemündung. Er er fand das Büsumer Modell, das bundesweit für Schlagzeilen sorgte, weil damit erstmals eine Kommune selbst Ärzte einstellte. Um die Stellen in der Region für Nachwuchsärzte attraktiv zu machen, dachte er sich Aktionen aus, die für Aufregung und Aufsehen sorgten, etwa ein Spruchband „Gute Ärzte fahren nach Sylt, bessere biegen hier ab“ an der Autobahn, provozierende Klinikfilme auf Youtube und Facebook oder dass er den Ärzten Schadenersatz zusicherte, wenn sein System nicht funktionieren sollte. Es funktioniert aber mit großem Erfolg und findet bundesweit Nachahmer. (tty)